

Protokollauszug

Sitzung der Ratsversammlung der Stadt Plön vom 05.04.2023

TOP 12. Erweiterungsbau der Kreisverwaltung - Absichtserklärung ("Letter of Intent") zwischen dem Kreis Plön und der Stadt Plön hier: Beratung und Beschlussfassung über den Inhalt geändert beschlossen
VO/RV/2023/2746

Beratungsverlauf:

Stellvertretende Bürgervorsteherin Thode – Rothhaar gibt einen Abriss des bisherigen Standes der Angelegenheit wieder: Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung hat in der Sitzung am 22. März 2023 den Entwurf einer Absichtserklärung („Letter of Intent“ zwischen der Stadt Plön und dem Kreis Plön für einen Erweiterungsbau der Kreisverwaltung als endgültige Absichtserklärung beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Absichtserklärung dem Kreis Plön zur Beratung in den zuständigen Gremien vorzulegen.

Die Stadtverwaltung hat ein räumliches Problem: Sie besteht zentral aus vier Teilen: dem Rathaus, dem Gebäude Schlossberg 12 und dem Gebäude Kaaktwiete 1 sowie aus dem Bürgerbüro. Mit Ausnahme des Letzteren sind alle Gebäude relativ alt. Die Einrichtungen in den Gebäuden sind mit Arbeitsschutzbestimmungen nur schwer in Übereinstimmung zu bringen. Die Barrierefreiheit ist eine Forderung, die für drei der genannten Gebäude nicht gelöst werden kann. Des Weiteren steht die energetische Sanierung der Baulichkeiten in den nächsten Jahren an, wird aber dabei nicht einfach zu machen sein. Die Arbeitsbedingungen, die wir dort vorfinden, sind ausreichend. Die Mitarbeiter:innen haben sich damit arrangiert; dennoch muss langfristig qualifizierter Nachwuchs gewonnen werden. Hierzu gehört auch eine korrekte zeitgemäße Büroausstattung. Es wäre möglich, die Verwaltungsteile auf den genannten Grundstücken zusammenzulegen. Wie die Rahmenbedingungen aussehen, wie sich das Ganze finanziell gestaltet. Dies müsste tatsächlich geprüft und abgewogen werden. Die Kosten für die Investitionen, die in die Bestandsgebäude gesteckt werden müssen, hätten auf seine Bitte hin den Letter of Intent aufgenommen. Ratsherr Jagusch hatte bereits mitgeteilt, dass der Letter of Intent in der vorgelegten Form genehmigt wurde. Darauf hatte er darum gebeten, dass in dem Anschreiben, das mit dem Lol an den Kreis zurückgesandt wird, darauf hingewiesen wird, dass die Kosten, die in absehbarer Zeit für die Bestandbebauung aufgewendet werden müssen.

Ratsherr Jagusch schließt damit an, dass dieser Punkt in der Runde, als das Thema zwischen Kreis und Stadt bereits besprochen worden war, dass die Stadt sich grundsätzlich vorstellen könnte, gemeinsame Bürokapazitäten zu schaffen, auch um Synergien und kürzere Wege zu ermöglichen. Er schlägt vor, zu den bereits gefassten Beschlüssen einen Zusatzbeschluss zu fassen.

„Die Verwaltung wird beauftragt, hinsichtlich möglicher Nutzungsmöglichkeiten durch die Stadt Plön in Gespräche mit dem Kreis Plön einzutreten und den eigenen Bedarf zu ermitteln und dies auch in den Folgegesprächen mit der Kreisverwaltung so fortzu-

Stadt Plön

führen.“

Beschluss 1:

Der vom Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung in der Sitzung am 22.03.2023 beschlossene Entwurf einer Absichtserklärung („Letter of Intent“) zwischen der Stadt Plön und dem Kreis Plön für einen Erweiterungsbau der Kreisverwaltung wird als endgültige Absichtserklärung beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Absichtserklärung dem Kreis Plön zur Beratung in den zuständigen Gremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 2

Beschluss 2:

Die Verwaltung wird im Rahmen des Letter of Intent beauftragt, hinsichtlich möglicher Nutzungsmöglichkeiten durch die Stadt Plön in Gespräche mit dem Kreis Plön einzutreten und den eigenen Bedarf zu ermitteln und dies auch in den Folgegesprächen mit der Kreisverwaltung so fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 2